



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im Juni 2013 ist in Europa wieder einiges passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Ihnen Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen:

- 1. TTIP-Mandat: EU und USA beginnen Verhandlungen über Freihandelszone**
- 2. PRISM: EU-Datenschutzgesetz könnte weltweiter Maßstab werden**
- 3. Kroatischer EU-Beitritt - Neuregelung der Sitzverteilung im Parlament**
- 4. Hilfe für Flutopfer: Hintergründe zum EU-Solidaritätsfonds**
- 5. Europäischer Forschungsraum**
- 6. Erfolg der ersten Europäischen Bürgerinitiative**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720

1. TTIP-Mandat: EU und USA beginnen Verhandlungen über Freihandelszone



Nach spannenden und ausdauernden Verhandlungen in der Nacht vom Freitag (14.6.2013) zum Samstag gab die Runde der Handelsminister der Europäischen Union den Weg zu Gesprächen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA frei. Frankreich setzte sich mit der Ausklammerung des audiovisuellen Kulturbereichs aus dem Verhandlungsmandat durch. "Sie können später aber jederzeit hinzugefügt werden", lautet eine Erklärung dazu von EU-Handelskommissar Karel De Gucht. Bereiche schon vor den Verhandlungen kategorisch auszuschließen ist ein Risiko, da in diesem Fall die USA ebenfalls für Europa interessante Wirtschaftsbereiche aus den Verhandlungen herausnehmen könnte.

Auf dem G8-Gipfel in Nordirland fiel dann der Startschuss für die Aufnahme von Verhandlungen. Bereits Anfang Juli soll in Washington die erste Runde stattfinden. Bei den Gesprächen wird es nicht nur um den Abbau von Zollschränken gehen, sondern auch um andere Handelshemmnisse, um den Investitionsschutz oder die Vergabe öffentlicher Aufträge, sowie die Angleichung oder gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards, zum Beispiel Vorschriften für technische Geräte.

Ambitioniertes Ziel für den Abschluss der Verhandlungen ist das Jahr 2015. Nach Berechnungen der EU-Kommission würde die Freihandelszone zwischen der EU und den USA zu 400.000 neuen Arbeitsplätzen in Europa und zu einem jährlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,5 Prozent führen.^{1,2}

2. PRISM: EU-Datenschutzregelung könnte weltweiter Maßstab werden

Europa kann Amerika nicht erlauben, EU-Bürger zu aususpionieren. Eine Reform des Datenschutzes in der EU ist daher dringend notwendig, so die Schlussfolgerung aus dem Meinungsaustausch mit Justizkommissarin Viviane Reding am 19. Juni im Innenausschuss. Der Skandal um das Prism-Programm zur Internet-Überwachung des US-Amerikanischen Geheimdienstes NSA hatte die Debatte ausgelöst.

1 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-06/usa-eu-freihandelszone-verhandlungen>

2 http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11469_de.htm

"Wenn wir es schaffen, die Gesetze zum Datenschutz zu verabschieden, wird das Maßstäbe setzen", sagte Kommissarin Reding nach einem Treffen mit dem US-Justizminister Eric Holder. Eine transatlantische Expertengruppe werde sich mit kritischen Punkten beschäftigen, fügte sie hinzu.



Dem Parlament reicht diese Aussage nicht: Viele Abgeordnete wollen detaillierter informiert werden. Als Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten liegt diese Thematik auch Herrn Dr. Ehler sehr am Herzen. Besonders im Hinblick auf die Verhandlungen zum US-EU-Freihandelsabkommen ist wichtig, Klarheit im Bezug auf Prism und dessen Bedeutung für EU-Bürger zu bekommen.^{3,4}

3. Kroatischer EU-Beitritt - Neuregelung der Sitzverteilung im Parlament

Ab dem 1. Juli gehören der Europäischen Union 28 Staaten an. Neuestes Mitglied wird Kroatien, was ebenfalls zu einem 28. Kommissar führt: Neven Mimica wurde vom Parlament als Kommissar für Verbraucherschutz bestätigt. Mimica kündigte an, sich in seinem Ressort für mehr Marktüberwachung, leichteres Online-Einkaufen, stärkeren Verbraucherschutz und verbesserte Produktsicherheit stark zu machen.



Um Platz für die kroatischen Abgeordneten zu schaffen, müssen allerdings nach der Europawahl im Juni 2014 einige Sitze umverteilt werden: um die Obergrenze von 751 Sitzen nach der Wahl einzuhalten, werden nach einem Vorschlag des Parlamentes 12 EU-Länder jeweils einen Sitz verlieren, Deutschland sogar 3. Damit kommt Deutschland auf insgesamt 96 Sitze, die vorgeschrieben Höchstzahl nach dem Vertrag von Lissabon (99 Sitze waren bislang Teil einer Übergangslösung). Kroatien hat Anspruch auf 12 Sitze.^{5,6}

³<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20130617STO12378/html/Prism-EU-Datenschutzgesetz-k%C3%B6nnte-weltweiter-Ma%C3%9Fstab-werden>

⁴http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11466_de.htm

⁵http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11461_de.htm

⁶<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20130308IPR06302/html/Sitzverteilung-nach-2014-Deutschland-verliert-3-Abgeordnete-im-Europaparlament>

4. Hilfe für Flutopfer: Hintergründe zum EU-Solidaritätsfonds

Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) wurde geschaffen, um im Falle von großen Naturkatastrophen solidarische Hilfe leisten zu können. Anlass waren die schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa im Sommer 2002. Seitdem wurde der Fonds in 52 Katastrophenfällen - von Überschwemmungen über Waldbrände und Erdbeben bis hin zu Stürmen und Dürren - in Anspruch genommen. Bisher wurden 23 verschiedene europäische Länder mit über 3.2 Milliarden Euro unterstützt.⁷



Er hilft Ländern und Regionen bei der finanziellen Bewältigung von Naturkatastrophen, ist allerdings kein Soforthilfeinstrument: vielmehr können aus dem EUSF Nothilfemaßnahmen der Mitgliedstaaten rückwirkend refinanziert werden. Betroffene Staaten können innerhalb von zehn Wochen nach Eintreten einer Naturkatastrophe Unterstützung aus dem EUSF bei der Europäischen Kommission

beantragen. Gibt sie dem Antrag statt, müssen Europäisches Parlament und der Rat der EU-Staaten die Mobilisierung des EUSF genehmigen. EU-Parlament und Rat bilden gemeinsam die Haushaltsbehörde der EU und haben die Mobilisierung des EUSF bisher nie abgelehnt. Der EUSF wird nicht aus einem festen Topf finanziert, sondern je nach Bedarf und mit Mitteln, die über den normalen Finanzrahmen des EU-Haushalts hinausgehen. Die jährliche Obergrenze für die Mobilisierung des EUSF liegt derzeit bei einer Milliarde Euro. Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament am 06.06.2013 aufgefordert, die Mobilisierung dieser Mittel außerhalb des EU-Haushalts schnell zu ermöglichen.

Haushaltskommissar Janusz Lewandowski sagte zu, die Erstattungen aus Brüssel so schnell wie möglich auszuzahlen. Voraussetzung sei, dass die nationalen Regierungen bei der Kommission Mittel dafür aus dem EUSF beantragten. EU-Staaten und Länder, mit denen EU-Beitrittsverhandlungen geführt werden, können den EUSF im Falle von Naturkatastrophen größeren Ausmaßes in Anspruch nehmen, wenn die unmittelbaren Schäden mehr als drei Milliarden Euro (in Preisen von 2002) beziehungsweise 0,6 Prozent des Bruttonationaleinkommens des betreffenden Staates überschreiten. Für Deutschland liegt dieser Schwellenwert bei 3,67 Milliarden Euro. Ausnahmsweise kann der Fonds auch im Fall einer außergewöhnlichen regionalen Katastrophe aktiviert werden, wenn sie die Mehrheit der Bevölkerung einer Region in Mitleidenschaft zieht und schwere und dauerhafte Auswirkungen auf deren wirtschaftliche Stabilität und die Lebensbedingungen hat. Nach Auszahlung eines Zuschusses aus dem EUSF kann der betroffene Staat Nothilfemaßnahmen rückwirkend ab dem Eintreten des ersten Schadens finanzieren. Am 03.06.2013 hatte EU-Regionalkommissar Johannes Hahn den von den derzeitigen Überschwemmungen betroffenen Ländern, unter ihnen Deutschland, Unterstützung zugesagt.⁸

⁷http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/solidarity/index_de.cfm#3

⁸http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11443_de.htm

Das Statement von Johannes Hahn finden Sie unter folgendem Link:
[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-492_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-492_en.htm)

5. Fachtagung zum Europäischen Forschungsraum in Berlin

Am 03.06.2013 habe ich an der Fachkonferenz zum Europäischen Forschungsraum (EFR; engl. European Research Area, ERA) teilgenommen. Dabei ging es vor allem darum, wie Berlin/Brandenburg die Umsetzung des EFR gestalten kann, vor allem in Bezug auf das neue europäische Rahmenprogramm für Forschung und Innovation "Horizont 2020", das ab 2014 in Kraft treten soll.

Was ist der Europäische Forschungsraum? Die Europäische Union rief im Jahr 2000 das Konzept zur Schaffung eines Europäischen Forschungsraums ins Leben, um alle verfügbaren wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten innerhalb der EU zu integrieren, Forschung international zu vernetzen und Forschern größere berufliche Mobilität zu ermöglichen.

Auch Brandenburg kann von den Möglichkeiten, die sich unter dem EFR und Horizont 2020 ergeben, profitieren: Berlin gehört gemeinsam mit Brandenburg europaweit zu den Regionen mit der höchsten Forschungsdichte. Heute macht unsere Region besonders durch Spitzenleistungen in den Bereichen Life Sciences, Verkehrstechnik, Natur- und Ingenieurwissenschaften, Softwaretechnik, Mikrosystem- und Lasertechnik sowie Geowissenschaften auf sich aufmerksam. All diese Forschungsfelder finden sich auch in den Förderprioritäten von Horizont 2020 wieder. Damit haben unsere Forscher gute Chancen, sich an künftigen Ausschreibungen zu beteiligen.

Besonders interessant für die Region Berlin-Brandenburg sind dabei die Fördermöglichkeiten die sich durch das EIT ergeben: Das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) unterstützt die Vernetzung zwischen den leistungsfähigsten Instituten, Universitäten und industriellen Forschungszentren. Dabei werden Forschung, Lehre und Innovation - das sogenannte „Wissensdreieck“ - auf höchstem Niveau in thematisch spezialisierten „Wissens- und Innovationsgemeinschaften“ (Knowledge and Innovation Communities, KICs) integriert. Für Regionen bietet sich so die Chance, sich international auf wissenschaftlichem Gebiet zu vernetzen und daraus konkreten Nutzen für die wissenschaftliche Lehre an den Universitäten und die Innovationskapazität der lokalen Wirtschaft zu ziehen.

Als Berichterstatter für das neue Programm habe ich mich auch für zahlreiche Verbesserungen eingesetzt, die Horizont 2020 für Forscher in der Region attraktiver machen. Stärker als sein Vorgängerprogramm wird Horizont 2020 von nun an Innovation und anwendungsorientierte Forschung fördern - das kommt unserem regionalen Profil entgegen. Außerdem sollen KMU gezielter unterstützt, die Verbundprojekte kleiner und die Beantragungs- und Verwaltungsverfahren wesentlich einfacher und schneller werden. Für Berlin-Brandenburger Forscher sind das gute Nachrichten. Die Beteiligung an der europäischen Forschungsförderung wird damit interessanter. Die Politik muss die regionalen Forschungsakteure nun aber auch strategisch unterstützen, damit diese neuen Chancen genutzt werden können. Dann werden der Europäische Forschungsraum und Horizont 2020 erheblich zum Ausbau des Innovationspotentials der Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg beitragen.

6. Erfolg der ersten Europäischen Bürgerinitiative

Die erste Europäische Bürgerinitiative ist ein voller Erfolg: EU-Kommissar Michel Barnier beugt sich der Forderung von 1,5 Millionen Menschen und schließt den Wassersektor von der EU-Konzessionsrichtlinie und damit von der befürchteten Zwangsprivatisierung aus. Niemand hat die Absicht, den Wassersektor zwangszuprivatisieren, hat die EU-Kommission mehrfach versichert. Dennoch hatten viele Bürger und Politiker gleichermaßen befürchtet, dass kommunale Dienstleistungen künftig europaweit ausgeschlossen werden müssen.



Die mehrdeutigen Interpretationen der Kommissionsvorschläge hatten die öffentliche Debatte angeheizt, ob das öffentliche Gut Wasser überhaupt privatisiert sein sollte. Die erste Europäische Bürgerinitiative (EBI) "Wasser ist ein Menschenrecht" (www.right2water.eu) sammelte noch vor Ablauf der Petitionsfrist über 1,5 Millionen Unterschriften und hat damit auch den EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier zum Einlenken bewegt. Barnier hat am 21.06.2013 erklärt, dass der Wassersektor von der EU-Konzessionsrichtlinie ausgeschlossen werde.⁹

In seiner Erklärung zu dieser Entscheidung erläutert Barnier: "Seit nunmehr mehreren Monaten kursieren Gerüchte, die Europäische Kommission versuche, durch die Hintertür mittels ihres Vorschlages zur Konzessionsrichtlinie die Wasserversorgung zu privatisieren. Dies war nie unsere Absicht und hat nie gestimmt. [...] Zu keinem Zeitpunkt hat die Kommission vorgeschlagen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie der Wasserversorgung zu erzwingen oder auch nur zu fördern. Die Entscheidung darüber, wie öffentliche Dienstleistungen erbracht werden sollen, liegt ganz allein bei den Mitgliedstaaten und ihren Städten und Gemeinden. Und das wird auch so bleiben. [...] Trotz der zahlreichen Änderungen am Richtlinienvorschlag, und aller Beiträge der politischen Parteien im Europäischen Parlament und vom Rat, bin ich zu der Auffassung gekommen, dass der derzeitige Text zur Wasserversorgung niemanden zufriedenstellt: Er vermittelt nicht die von den Bürgerinnen und Bürgern erwarteten Garantien und würde obendrein zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führen."¹⁰

Die ausführliche Erklärung von Michel Barnier finden Sie unter folgendem Link:
http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11496_de.htm

⁹ <http://www.euractiv.de/verbraucherschutz/artikel/wassersektor-von-eu-planen-zur-privatisierung-ausgeschlossen-007665>

¹⁰ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11496_de.htm

Bildquellen:

- 1) <http://www.wdr5.de/sendungen/profit/s/d/13.02.2013-18.05/b/eu-usa-freihandelsabkommen.html>
- 2) http://img.washingtonpost.com/rf/image_606w/2010-2019/WashingtonPost/2013/06/07/TheFold/Images/Prism.jpg
- 3) <http://www.novolist.hr/Vijesti/Hrvatska/Europski-pucani-nisu-zadovoljni-Mimica-mora-konkretnije-odgovarati>
- 4) http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11443_de.htm
- 5) www.right2water.eu/sites/all/themes/water_theme/images/logo/Water_DE.png